

Neugenossenschaftliche Bewegung: ein neuer Ansatz gesellschaftlicher Formen des Arbeitens und Wirtschaftens?

Bierbaum, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bierbaum, H. (1989). Neugenossenschaftliche Bewegung: ein neuer Ansatz gesellschaftlicher Formen des Arbeitens und Wirtschaftens? In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 140-142). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-148043>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGS-Sektion Industrie- und Betriebssoziologie **ÖGS-Sektion Industrie- und Arbeitssoziologie**

I Gemeinwirtschaft - Genossenschaft - Alternativbetriebe

Neugenossenschaftliche Bewegung - Ein neuer Ansatz gesellschaftlicher Formen des Arbeitens und Wirtschaftens?

Heinz Bierbaum (Frankfurt)

1. Seit einigen Jahren lässt sich eine gewisse Renaissance genossenschaftlicher Bewegungen feststellen. Die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens und die Entstehung einer "Neuen Genossenschaftsbewegung" stehen in engem Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Entwicklungsmodells ebenso wie mit der Krise sozialstaatlicher Regulierung.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist selbst in seinen entwickeltsten Formen nicht mehr in der Lage, für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Es herrscht Massenarbeitslosigkeit. Mit dadurch bedingt ist auch die Politik des Sozialstaats - oder allgemeiner das Modell des Wohlfahrtsstaats - in eine tiefe Krise geraten. Der Umfang der deklassierten und marginalisierten Schichten hat sich stark ausgeweitet.

Die gesellschaftlichen Probleme - an erster Stelle die Massenarbeitslosigkeit - lassen sich durch blosse Wachstumslogik längst nicht mehr lösen. Weder werden dadurch angesichts hochtechnisierter Produktionsapparate genügend Arbeitsplätze geschaffen noch ist eine blosse quantitative Ausdehnung der Produktion wünschenswert. Vielmehr rückt die Qualität der gesellschaftlichen Produktion, ihr stofflicher Charakter ebenso wie die Bedingungen, unter denen produziert wird, stärker in den Mittelpunkt. Gefordert wird eine gesellschaftlich sinnvolle Produktion.

Mit der Entwicklung der Produktivität der Arbeit, Technisierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse sind aber auch die Möglichkeiten, die Arbeit zu erleichtern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, gewachsen. Zugleich entwickeln sich höhere Ansprüche an die Arbeitsinhalte selbst. Diese Forderung nach qualitativ hochwertiger, die menschlichen Fähigkeiten fordernder und zu entwickelnder Arbeit ist nicht nur bei Jugendlichen verbreitet, sondern wird von vielen abhängig Beschäftigten erhoben. Zunehmend mehr Menschen wollen nicht einen Arbeitsplatz schlechthin, sondern eine sinnvolle Arbeit. Darüber hinaus wird eine Veränderung der Arbeitsorganisation in Richtung auf mehr Selbstbestimmung verlangt.

Diese drei Elemente - Versagen kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen vor der Lösung der grossen gesellschaftlichen Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und Schutz der Umwelt, Forderungen nach gesellschaftlich sinnvoller Produktion

und die gestiegenen Ansprüche an die konkrete Tätigkeit - sind Hintergrund für die in den letzten Jahren beobachtbare Selbsthilfebewegung und die Renaissance des Genossenschaftsgedankens.

2. Vor diesem Hintergrund sind neue Initiativen in der Beschäftigungspolitik entstanden - bekannt unter dem Namen "Örtliche Beschäftigungsinitiativen". Zu nennen sind dabei selbstverwaltete Betriebe, Selbsthilfeprojekte von Arbeitslosen, aber auch neue Formen gewerkschaftlicher betrieblicher Beschäftigungspolitik wie z.B. die Versuche von Belegschaften, den von der Stilllegung bedrohten Betrieb in eigener Regie weiterzuführen, und auch die damit in engem Zusammenhang stehenden vielfältigen Initiativen des Aufbaus "Alternativer Produktion".

Kennzeichnend für diese neuen Beschäftigungsinitiativen oder auch neugewerkschaftlichen Bestrebungen ist, dass sie nicht nur auf die Schaffung von Arbeitsplätzen schlechthin ausgerichtet sind, sondern weitergehende Zielsetzungen aufweisen. Angestrebt werden mehr Mitbestimmung - bis hin zur Selbstbestimmung - bei der Unternehmenspolitik und kooperative Arbeitsformen. Fragen des "Was", "Wie" und "Wo" der Produktion werden aufgegriffen. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze schlechthin, sondern um den Aufbau einer gesellschaftlich nützlichen Produktion.

3. Derartige Beschäftigungsinitiativen setzen sich in zweifacher Hinsicht von kapitalistischen Unternehmen ab. Zum einen rückt die Gebrauchswertorientierung in den Vordergrund, und der Bedarfsdeckung wird Vorrang vor der Gewinnerzielung eingeräumt. Zugleich werden Formen angestrebt, die in Abkehr von traditionellen, hierarchischen, auf dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit aufgebauten Arbeitsvollzügen eine weniger repressive, mehr demokratisch bestimmte Entscheidungsstruktur und Arbeitsorganisation ermöglichen sollen. Die Praxis derartiger Initiativen widerspricht allerdings sehr oft diesem Anspruch.

4. Mit der Betonung der Solidarität der Mitglieder, den Grundsätzen der Identität von Kapital und Arbeit, der Egalität, der Gleichwertigkeit der Arbeit und dem Demokratieprinzip (ein Mensch = eine Stimme) stellt die Genossenschaft eine naheliegende Organisationsform für derartige Initiativen dar.

Die konkrete juristische Ausgestaltung dieser Form, vor allem aber die gegenüber dieser Unternehmensform praktizierte Diskriminierung und nicht zuletzt auch die von den bestehenden Genossenschaftsverbänden ausgehend restriktive Prüfungspraxis verhindern sehr oft, dass sich derartige Initiativen in Form einer Genossenschaft organisieren. Gleichwohl sind solche neuen Ansätze von ihren Zielsetzungen, Arbeitsinhalten und Arbeitsweisen her als genossenschaftlich zu begreifen und vermögen somit auch den genossenschaftlichen Grundgedanken, durch solidarischen Zusammenschluss Stärke zu gewinnen und die soziale Lage aus eigener Kraft zu verbessern, wiederzubeleben.

Dies geschieht nun typischerweise in Abkehr von und praktischer Kritik am traditionellen Genossenschaftssektor wie an der aus genossenschaftlichen Ursprüngen hervorgegangenen Gemeinwirtschaft. Sowohl der traditionelle Genos-

senschaftssektor, der die gerade von den neugenossenschaftlichen Bestrebungen in den Vordergrund gestellte Produktivgenossenschaft zumindest in der BRD kaum kennt, als auch die Gemeinwirtschaft werden von der neugenossenschaftlichen Bewegung vorwiegend als Teil der herrschenden Wirtschaftsordnung angesehen, die mit diesen Formen keine Emanzipationsansprüche verbindet. Umgekehrt sehen Kritiker der Gemeinwirtschaft und der bestehenden Genossenschaften in den "Neuen Genossenschaften" Bestrebungen für eine Revitalisierung des genossenschaftlichen Ursprungsgedankens und damit zugleich auch eine Möglichkeit zur Regeneration dieser Sektoren.

5. Bei der neugenossenschaftlichen Bewegung handelt es sich aber nicht nur deshalb um neuartige Ansätze, weil sie sich sowohl vom privatwirtschaftlichen als auch vom genossenschaftlichen oder gemeinwirtschaftlichen Sektor absetzen, sondern weil sie ein Produkt entwickelter kapitalistischer Verhältnisse sind. Die Reaktivierung von Selbsthilfeformen, wie sie mit den Genossenschaften oder aber auch mit der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung in der Phase des sich entfaltenden Kapitalismus als Gegenbewegungen entstanden, erfolgt auf einem durchaus höheren Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte mit einer deutlich ausdifferenzierteren Produktions- und Lebensstruktur.

6. So wie die neugenossenschaftlichen Ansätze etwa in der Beschäftigungspolitik, aber auch in der Sozialpolitik nicht einfach Krisenbewältigungsstrategien und damit "Kinder der Not", sondern auch Ausdruck der gestiegenen Ansprüche an die Arbeit, sowohl mehr Individualität ermöglichende als auch zugleich stärker auf gesellschaftliche Problemfelder bezogene Ansätze sind, so sind sie aber auch auf der anderen Seite integrierbar in eine Strategie der Privatisierung und gesellschaftlichen Deregulierung. Sie stehen mithin in einem Spannungsverhältnis von Privatisierung und Vergesellschaftung.

7. Genossenschaften können die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft, die sich als Zwangsgesetze der Konkurrenz durchsetzen, nicht einfach ignorieren. Sie stehen daher immer unter einem Anpassungszwang und in der Gefahr, ihre emanzipatorischen Zielsetzungen durch Aufgehen in der kapitalistischen Wirtschaft zu verlieren. Dies gilt insbesondere für die "neuen" Genossenschaften, die sowohl im Hinblick auf ihre interne Struktur als auch hinsichtlich ihrer Zielsetzungen sich von kapitalistischen Unternehmen abzusetzen trachten. Zum einen sind sie Reaktionen auf gesellschaftliche Defizite wie z.B. fehlende Arbeitsplätze, also Selbsthilfemassnahmen, und damit eine Form der Krisenlösung im Rahmen bestehender Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, zum anderen sind sie jedoch auch Beispiele für andere, nicht-kapitalistisch bestimmte Arbeitsformen mit demokratischen Entscheidungsstrukturen. Sie sind somit auch praktisches Experimentierfeld für emanzipatorische Arbeitsformen, für mehr selbstbestimmte Arbeit.